

**Protokoll:**

## **1. Runder Tisch >>Inklusive Hochschule<< in Sachsen-Anhalt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

**Veranstalter:** Arbeitskreis Inklusion des Studierendenrates der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

**Veranstaltungsort:** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU)

**Datum:** 8. März 2016

**Anlass:** Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016

**Anzahl Teilnehmenden und Gäste:** 31 davon 15 Teilnehmende des Runden Tisches und zwei Gebärdensprachdolmetscherinnen

**Beginn: 14 Uhr**

**Eröffnung/Begrüßung AK Inklusion (Marie Moritz)**

**Vorstellung der Positionen der Parteien**

**CDU (Bernhard Bönisch)**

- Bislang gibt es noch kein konkretes, ausgefeiltes Programm zu Inklusion an der Hochschule, muss in Angriff genommen werden, wobei vor allem klipp und klar beschrieben werden muss, welche Stelle wofür zuständig ist
- Innerhalb der CDU gibt es zu diesem Thema noch keine abgestimmte Meinung; Meinung Bönisch: inklusive Hochschule ist eine Bundesangelegenheit, entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip; lässt sich auf Landesebene nicht gewährleisten

**SPD (Katja Pähle)**

- In den Kitas ist Inklusion schon eher Realität als an der Hochschule → hier besteht Handlungsbedarf
- Im Wahlprogramm: Behindertenbeauftragter fest im Hochschulgesetz verankern und diese Position angemessen ausstatten, finanziell, personell wie auch Mitspracherecht in Hochschulgremien wie dem Senat
- Alle Baumaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter etc. müssen daraufhin geprüft werden, ob auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen eingegangen wird → Barrierefreiheit muss immer mitgedacht werden.
- Wir als Land haben dabei auch Verantwortung, Ziel: mit Hochschulleitungen und Interessengruppen in Verbindung setzen, Dialog führen: Was ist wichtig? Was muss zuerst kommen?

**Die Linke (Hendrik Lange)**

- „Land ist ganz klar in der Pflicht, etwas zu tun und zwar auf vielen verschiedenen Ebenen“

- DIN-Norm für barrierefreies Bauen ist vollumfänglich einzuführen, damit es keine Diskussionen mehr gibt, ob man aus wirtschaftlichen Gründen auf Barrierefreiheit verzichten will → Nachrüstung ist teurer als gleich mitplanen
- Landeshochschulgesetz bereits verbessert, was die Möglichkeit des Teilzeitstudiums angeht → Hoffnung, dass die Hochschulen das auch umsetzen
- BAföG und Unterstützungsleistungen bei Masterstudium müssen auf Bundesebene besser geregelt werden
- Behindertenbeauftragter soll gleiche Stellung und Ausstattung wie Gleichstellungsbeauftragter bekommen, Mitspracherecht wesentlich verstärken → z.B. fester Sitz mit Stimmrecht im Senat
- Verzahnung von zuständigen Stellen in den Hochschulen und Sozialhilfeträgern muss verbessert und vor allem beschleunigt werden, um Verzögerungen im Studium zu vermeiden
- Handlungskonzept zu Inklusion an der Hochschule auf Landesebene muss kommen, der Bericht muss aktualisiert und verbessert werden
- Landeshochschulgesetz muss novelliert werden und die Belange von Studierenden und Mitarbeitern mit Beeinträchtigung mehr berücksichtigt werden

### **Bündnis 90/Grüne (Melanie Ranft)**

- Ziel: Studierende mit Behinderung müssen Chancengleichheit haben → Handlungsplan muss endlich kommen
- Novellierung der Eingliederungshilfe → Individuell-personenzentrierte Budgets, weg von der Sozialhilfe und der Institutionen-zentrierten Finanzierung
- Arbeitsmarkt Integration muss gewährleistet werden
- Fordern konsequente barrierefreie Gestaltung aller öffentlichen Gebäude und des öffentlichen Raums

### **Fragerunde**

#### **Prof. Dr. Patrick Wagner (Behindertenbeauftragter der MLU)**

- Bauliche Barrierefreiheit muss nach DIN-Norm, die in LSA nicht voll implementiert ist, umgesetzt werden → inwiefern sind die Parteien dazu bereit, die DIN-Standards anzuwenden?
- Hochschulautonomie in Zeiten der Sparzwänge/strukturellen Unterfinanzierung ist nicht gewährleistet → welche politischen Anreize setzt die Politik den Hochschulen, inklusiver zu werden?

#### **Bertholt Markwardt (Personalrat MLU) und Dr. Petra Bebert (Studentenwerk Halle)**

- Wie genau soll Inklusion politisch umgesetzt werden, wie soll die sachliche Ausstattung des Behindertenbeauftragten konkret erfolgen?

#### **Studierendenrat HS Merseburg**

- Wie soll die Sensibilisierung von Mitarbeitern ablaufen, welche Ansätze haben Sie?
- Wäre es nicht sinnvoll, die Bürokratie für Studierende mit Behinderung zu verringern und die Studienselbstverwaltung für die Betroffenen auf ein angemessenes Maß zu reduzieren?
- Warum wird die DIN-Norm eigentlich nicht umgesetzt?

#### **Christian Müller (Arbeitskreis Inklusion)**

- Hochschulen sind Ländersache (Art. 91b GG), somit haben auch die Länder die Verantwortung, diese angemessen auszustatten, damit sie Inklusion und die UN-BRK an den Hochschulen umsetzen können → die Länder können sich nicht hinter dem Bund verstecken und sagen, Bund nun zahl mal
- Ministerialbericht zur Situation der Hochschulmitglieder mit Behinderung und zur Barrierefreiheit 2012/13 (6/1844) ist eine glatte Lüge, Informationsmaterialien und Web-Auftritte der Hochschulen sind z.B. bis in die Gegenwart nicht barrierefrei zugänglich → hier fordern wir eine neue Erhebung, die auch mit den Betroffenen ins Gespräch geht
- Bundesteilhabegesetz: Inwiefern werden die Parteien diese Möglichkeit nutzen, sich mit den Betroffenen an den Hochschulen zusammenzusetzen und Informationen und Ideen für die Gremienarbeit auf Landes und Bundesebene zu sammeln?

#### **Prof. Dr. Jörg Kirbs (Rektor HS Merseburg/Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt)**

- Kernaussage der Zielvereinbarungen 2015/16 zu Inklusion und Behinderung „die Hochschulen werden sich dafür einsetzen, dass....“ → bedeutet: bitte Hochschulen, nun macht mal, aber Geld dafür könnt ihr nicht erwarten
- Hochschulmittel und Baumittel → kann man nicht ein Extra-Budget für barrierefreies Bauen einrichten? Die Baumittel sind ohnehin schon arg knapp und wenn sich der Landesbau und das Finanzministerium verwehrt, die DIN 18040 anzuwenden, dann müssen die Hochschulen mit einem angemessenen Budget für die Nachbesserungen ausgestattet werden.
- Wir Hochschulen fühlen uns bei Fragen zur Inklusion und Barrierefreiheit von der Landesregierung und dem Landtag im Stich gelassen!

#### **Dr. Regina Meyer (MLU / 4. stellv. Vertrauensperson der Hauptschwerbehindertenvertretung am Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft des Landes Sachsen-Anhalt)**

- Warum wurden von der Regierung gerade die Behindertenregelungen aus dem Bau-recht/Bauvorschriften rausgenommen, DIN-Regelungen haben KEINEN empfehlenden Charakter, „DIN ist Gesetz“, das heißt, es hat zu gelten, alles andere macht die Politik unglaubwürdig.
- Warum geben wir das Geld so aus, dass wir **X** Mal nachbessern müssen? → Beispiel Geistes- und Sozialwissenschaftliches Zentrum der MLU ist als Neubau eine Katastrophe, der in der Nachbesserung viel Geld kosten wird.
- Mangelnde Beachtung der Schwerbehindertenvertretung, ihr werden viele Klötze in den Weg gelegt und sie wird in ihrer Arbeit behindert, SGB IX ist nicht mehr auf dem neusten Stand und muss nachgebessert werden. Warum wird SGB IX GEGEN die Betroffenen ausgelegt? Kann man das nicht besser, z.B. im Sinne der Betroffenen machen? Kann man die Arbeit der SBV nicht etwas erleichtern?

#### **Prof. Dr. Torsten Kies (Vorsitzender des Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie Sachsen-Anhalt)**

- Warum werden nicht barrierefreie öffentliche Neubauten überhaupt zugelassen? Beim Umweltmanagement ist die DIN auch verbindlich geregelt, warum also nicht auch bei Barrierefreiheit?
- Legasthenie als Beispiel → aus strukturellen Gründen entwickeln viele Betroffene auch psychische Schwierigkeiten (bis zu 50% der Betroffenen durch psychische Erkrankungen als Folgeerscheinung von Nichtbeachtung der Betroffenen) → nicht sichtbare Behinderungen werden noch

viel zu oft nicht anerkannt und Betroffene noch immer Diskriminiert, auch an den Hochschulen fehlt die Aufklärung und Sensibilisierung.

### **Alexander Pistorius (Gewerkschaftssekretär Bereich Hochschule GEW Sachsen-Anhalt)**

- Sensibilisierung der Beschäftigung erfolgt schon auf vielen Ebenen, führt aber nicht zum gewünschten Erfolg, da ein politisches Bekenntnis fehlt
- Nachteilsausgleiche etc. sind ein großer Arbeits- und Mehraufwand für die Lehrenden → gibt es denn Pläne für die nächste Legislaturperiode? Pläne, das Ganze auch finanziell zu unterfüttern? Wie soll das Ganze dann umgesetzt werden, ohne dass man das bereits viel zu stark eingebundene Hochschulpersonal gänzlich überfordert?
- Wieviel prozentualen Mehraufwand, finanziell und organisatorisch, bedeutet das für die Mitarbeiter, ist das bekannt und wird das erhoben werden?

### **Antworten auf die Fragen**

#### **Ranft/Grüne**

- Wie soll der Behindertenbeauftragte nach unserer Ansicht ausgestattet werden? Unabhängigkeit durch eigenes Budget, eigene Öffentlichkeitsarbeit zur Bewusstseinsbildung etc.
- DIN-Norm: Wir legen darauf sehr viel Wert darauf, dass die DIN auch im Hochschulbau angewandt wird, sie soll zudem vollumfänglich umgesetzt werden → wie es im Gesetz steht, so muss auch gebaut werden
- Das Gespräch und der Dialog mit den Hochschulen muss gesucht werden

#### **Lange/LINKE**

- „Die DIN-Norm, das ist ein Trauerspiel, was dort stattgefunden hat. Dass fing mit den Investitions erleichterungsgesetzen an und es gab eine Novellierung in dieser Wahlperiode der Landesbauordnung und wir haben beantragt, die DIN-Norm vollumfänglich umzusetzen, das wurde aber abgelehnt.“, „das Land will sich nicht dazu bekennen, barrierefrei zu bauen, weil sie [die Koalitionsparteien] Angst vor den möglichen Folgekosten haben.“ → wir wissen, dass Nachrüstung teurer als gezielte Planung ist → wir werden das auch weiter vorantreiben
- Aufgabe der Hochschulen, Barrierefreiheit mit zu lehren → Architektur, Design, Tourismus etc. sollte Inklusion anfangen mitzudenken, Stichwort: universelles Design
- Sinkende Budgets: „Wir halten Bernburger Frieden für falsch und sind für verbesserte Grundfinanzierung, z.B. kann dadurch auch die Ausstattung des Behindertenbeauftragten verbessert werden“; Kürzungen bei den Studentenwerken müssen zurückgenommen werden → Grundfinanzierung stärken und Behindertenbeauftragten und Mehraufwand bei Finanzierung mitdenken (z.B. durch freigewordene BAföG-Mittel)
- Sensibilisierung: durch besser ausgestattete Behindertenbeauftragte und SBV, Inklusion ins tägliche Denken integrieren und mitdenken
- Bürokratie: muss beim Teilhabegesetz einbegriffen werden, Unterstützungssysteme müssen besser ineinandergreifen → auch das Studium muss hier mitgedacht werden
- Bauhaushalt: schon sehr wichtig, aber so richtig viel mehr Geld hat das Land kurzfristig nicht zur Verfügung → wir müssen es aber auf jeden Fall mitdenken und langfristig einplanen

#### **Pähle/SPD**

- Grundfinanzierung: Inflationsausgleich zu 100% zahlen, aber: auch vor der Kürzung haben die Hochschulen nicht viel in Inklusion investiert
- Kürzungen hatten keine direkten Auswirkungen auf die „Inklusive Hochschule“ die es auch davor nicht gab, so etwas muss erst aufgebaut werden und das braucht Zeit
- Behindertenbeauftragter: soll nicht aus Budget der Hochschule finanziert, sondern muss mit eigenen Geldern ausgestattet werden, um seine Unabhängigkeit zu gewährleisten
- Mehraufwand: es gibt auch Inklusions-Maßnahmen, die kostenneutral sind und zumindest einen Anfang bilden, diese können auch umgesetzt werden, ohne die Hochschulhaushalte zusätzlich zu belasten
- Best Practice-Beispiel NRW: und Dialog zwischen Hochschulen, Politik, Studierendenvertretern, Schwerbehindertenvertretungen aber auch andere Heterogenitätsmerkmale sollen mit berücksichtigt werden → Die Politik muss Angebote schaffen, die mithelfen zu sensibilisieren
- Inklusion ist ein langer Prozess, muss aber kontinuierlich mitgedacht werden
- DIN-Norm: wir haben nicht zugestimmt, weil das Landesbauamt sich dagegen gestellt hat → Behinderte haben eine zu kleine Lobby, „denen muss man auf den Sack gehen“, auch wenn es am Ende ein, zwei Hochschulneubauten weniger werden, weil aber die Nach/Umrüstung teurer ist, sollte man das angreifen

### **Bönisch/CDU**

- „Welche Anreize wären den für Sie reizend? Wenn man da Vorgaben macht von der Politik her [...] wollen wir das den so machen oder wollen wir das nicht? Genauso wie den Behindertenbeauftragten, da müssen die Vorschläge ganz klipp und klar aus dem Bereich kommen, so stellen wir uns das vor...“
- Behindertenbeauftragte sind soziale Instanzen, nicht Bildungsinstanzen; deshalb nicht aus dem Hochschulbudget zu bezahlen, sondern On Top, aus dem Sozialbudget
- „Aber ich sag mal so, der Anspruch, den ein behinderter Mensch hat, einen Studienplatz in gleichwertiger Weise zu belegen, zu bekommen und studieren zu können, das kann man praktisch nicht so ausdeuten wollen, glaube ich, dass das für jede Universität und jeden Studiengang gilt. Ich glaube, da muss man dann schon solche Dinge setzen, wo man sagt, also wir schaffen an bestimmten Hochschulen für ganz spezifische Formen von Behinderungen ganz spezifische Formen von Voraussetzungen. Und dann ist dieser Anspruch des Menschen auch zu gewährleisten. Ich glaube nicht, dass es wirtschaftlich wirklich vertretbar wäre, technische Ausstattung und personelle Voraussetzung für jeden denkbaren Studiengang für jede Behinderungsform an jeder Hochschule vorzuhalten. Also so geht kein vernünftiger Privater vor. Ich glaube bei der Knappheit der Mittel geht das nur so.“
- Ausrichtung: man kann es halt nicht allen recht machen, wenn man nur begrenztes Geld zur Verfügung hat → das würde ja dann auch ausreichen und wäre ja auch besser für die Behinderten
- Sensibilisierung ist klar Hochschulverantwortung, da **muss** sich das Land nicht einmischen, da müssen sich die Hochschulleitungen drum kümmern

### **Lange/LINKE**

- „Ich lehne die Idee einer **Förderhochschule** ab! [...] Ich glaube, dass alle Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung studieren können wollen, was sie möchten, wo sie möchten.“ Einwurf Bönisch „Das ist aber ein Wolkenkuckucksheim!“ Antwort Lange „Das ist kein Wolkenkuckucksheim“

- Planung und Umsetzung beim Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrums ist ein Farce → weil die Gänge zu schmal für Rollis waren, hat man, um diese zu verbreitern, die Büros kleiner gemacht

### **Ranft/Grüne**

- Lobbyarbeit der Betroffenen muss mehr werden
- Hochschulleitung muss zwar sensibilisieren, aber sie muss erstmal selber sensibilisiert werden → Behindertenbeauftragter, Landesaktionen
- Wir müssen anerkennen, dass wir inklusiven Gesellschaft leben wollen

### **Offene Diskussion**

#### **Kirbs (HS Merseburg/LRK)**

- BAföG-Mittel z.B. zweckgebunden für Inklusion an Hochschulen → die 30 Millionen, die das Land dort spart, kann vollumfänglich an die Grundfinanzierung der Hochschulen gehen, das wären ca. 10% des gesamten Hochschulbudgets des Landes, das wäre ein Quantensprung in der Hochschulfinanzierung und würde viele Lücken schließen und uns die Möglichkeit geben, besser zu agieren

#### **Müller (AK Inklusion)**

- Zitat aus dem Wahlprogramm der CDU: „Neben der Verwirklichung einer tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau gehört auch die selbstverständliche Teilhabe und umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderung zu unseren Zielen.“
- Strukturelle Diskriminierung von Menschen: „Ich bin selber betroffen. Mein Vater war Alkoholiker, meine Mutter ist seit vielen Jahren psychisch schwer krank, und ich bin Legastheniker. Ich komme aus, wie es so schön heißt, prekären bzw. asozialen Verhältnissen und lebe seit ca. 20 Jahren unterhalb des Existenzminimums. Nach den gängigen Bildungsstatistiken dürfte ich gar nicht hier sitzen und etwas sagen, weil es mich und diese Gruppe gar nicht gibt. Menschen wie ich werden aus dem Bildungssystem herausgedrängt und kommen nur durch, wenn sie sich früh durchsetzen können!“
- Menschen mit Behinderung werden aufgrund ihrer atypischen Lebensläufe im Bildungssystem, z.B. nicht in den Vorgaben der Begabtenförderwerke berücksichtigt und ihnen werden oft auch bürokratisch Knüppel zwischen die Beine geworfen, was ihre Bildungsteilhabe erschwert
- Die im Qualitätspakt Lehre des BMBF bewilligten Projekte haben allesamt, meines Wissens, nicht die Ausrichtung auf Behinderung, außer eines in Bayern und das auch erst seit der zweiten Förderperiode, seit Ende 2015 → Auch das Heterogenitätsnetzwerk Sachsen-Anhalt berücksichtigt diesen Aspekt nicht
- Inklusion wird nur in Deutschland unter dem Stichwort Behinderung verkauft, in anderen Staaten versteht man darunter demokratische (Bildungs-)Teilhabe
- Was spricht gegen ein Antidiskriminierungsbüro in Sachsen-Anhalt, wie es dies bereits in Sachsen gibt, das die Aufklärung nicht nur zu Behinderung in die Öffentlichkeit trägt?

#### **Böhme (AK Inklusion)**

- „Teilhabe und Berufsfreiheit für behinderte Menschen ist kein Almosen, sondern ein Rechtsanspruch!“

- 96% aller Behinderungen und chronischen Erkrankungen sind erworben, z.B. durch Unfall oder Allergien/Berufskrankheiten
- „Sozialhilfe bei studierten und gut ausgebildeten Menschen mit Behinderung ist volkswirtschaftlich unsinnig. Es kann nicht sein, dass nur, weil jemand durch einen Unfall eine Behinderung erwirbt, sofort in die Sozialhilfe gedrängt wird. Eine Weiterbeschäftigung wird oft ausgeschlossen bzw. die Folgekosten drücken sein Einkommen auf das Sozialhilfe Niveau, was es für die Betroffenen einfacher macht, zu Hause bleiben, statt weiter am Arbeitsleben produktiv teilzunehmen. Die Sozialgesetzgebung in Deutschland sorgt gerade dafür, dass Menschen mit Behinderung aus dem ersten Arbeitsmarkt verschwinden, viele Menschen mit Behinderung vom ersten Arbeitsmarkt auszuschließen und über Jahrzehnte als Sozialfälle zu behandeln ist ein „Wolkenkuckucksheim“, dagegen sind die Kosten und Folgekosten für Inklusion und Barrierefreiheit äußerst überschaubar.“ Einwurf Bönisch: „Barrierefreiheit sollte an jeder Hochschule gewährleistet sein, das haben wir doch bereits diskutiert.“ Antwort Böhme: „Ist sie aber nicht. Es werden ausländische Studierende, wenn sie sich in Deutschland während des Studiums eine Behinderung zuziehen von Abschiebung bedroht, weil man ihnen von Seiten des Sozialamtes Sozialbetrug bzw. Erschleichen von Sozialleistungen unterstellt, wenn sie Eingliederungshilfe beantragen.“ Bönisch: „Ich habe bloß den Eindruck, Sie wollen mich überzeugen, dass Barrierefreiheit gut sei, [unverständliches Durcheinander mehrerer Stimmen]“ Böhme: „Ich habe das Gefühl, dass Ihnen diese Investition viel zu viel ist und Ihnen dass zu teuer ist?“ Bönisch: „Ich habe beispielsweise in jedem Studiengang, wo beispielsweise Gehörlosendolmetscher vorzuhalten sind, an jeder Universität das würde praktisch bedeuten, dass jeder Gehörlose einen Dolmetscher erhält ...“ Einwurf Pähle: „Doch das hat sie.“ Bönisch: „... das wäre praktisch nicht finanzierbar.“

#### **Wagner (Behindertenbeauftragter MLU)**

- Es ist schmeichelhaft, dass sie den Behindertenbeauftragten stärken wollen, aber das kann Interessenkonflikte zwischen z.B. Vertretungen von Studierenden und Mitarbeitern und Behindertenbeauftragten nach sich ziehen
- Hochschullehre lohnt sich für die Mitarbeiter und Lehrstuhlinhaber nicht, da Lehre nicht gefördert wird und nur Forschung und Publikation zählt für eine Karriere im Hochschulbereich
- Die Landespolitik muss Ausschreibungen für Programme zur Inklusion/Diversität in der Lehre aufsetzen, ansonsten wird sich da nichts ändern → absurder Aufbau des Hochschulsystems steht dem entgegen
- Strukturell bekommen Wissenschaftler keine Anreize, in die (heterogenitätssensible) Lehre zu investieren

#### **Markwart (Personalrat MLU)**

- DIN-Diskussion ist z.T. eine Scheindiskussion, es ist auch eine Frage des Wollens, siehe die ewigen Diskussionen um das Geistes- und Sozialwissenschaftliche Zentrum der MLU → Grund u.a. die Kürzungen und Einsparungen beim Bau, die Sachen weggenommen haben, die eigentlich überall selbstverständlich sind, sowas darf nicht wieder passieren → es ist eine Schande für das Land, dass es so baut wie hier
- Betreuung und Lehre für Studierende ist generell schlecht und zu dünn besetzt, das gilt dann für Studierende mit Behinderungen noch sehr viel mehr → Kürzungen wirken sich durchaus an dieser Stelle negativ auf die Teilhabe aus, wenn die Betreuungsschlüssel immer größer werden weil es viel zu viele Studierende und immer weniger Mitarbeiter gibt → wie kann man bei 400 Studie-

renden in einer Veranstaltung die Bedürfnisse der Behinderten noch angemessen berücksichtigen, bei einer solchen Personaldecke?

### **Bebert (Studentenwerk Halle)**

- Ein grundsätzliches persönliches Budget kann für behinderte Studierende genutzt werden, um auf behinderungsbedingten Mehrbedarf reagieren zu können → „Die damit zusammenhängende Beratungsleistung ist schon fast eine Bereuungsleistung die sehr, sehr aufwändig ist.“
- Finanzierungsproblem greift aber vor allem beim Lebensunterhalt → BAföG-Regelungen sind zu restriktiv für Studierende mit Behinderung, Möglichkeiten der An- und Abschlussfinanzierung fehlt gänzlich → Bafög-Regelungen sind nicht ausreichend im konkreten Einzelfall
- Beratungsleistung muss verstärkt werden und die Studentenwerke müssen auch mehr unterstützt werden

### **Meyer (Hauptschwerbehindertenvertretung)**

- „Die UN-BRK ist geltendes Recht, Herr Bönisch, das kann man nicht einfach wegwischen!“

### **Pähle/SPD**

- Die BAföG-Mittel sind zu je 50% in die Schulen und Hochschulen gegangen
- BAföG-Mittel sind in technische Ausstattung der Unis gegangen, nicht aber in die Grundfinanzierung oder in Stellen, sondern in die längst überfällig Neuanschaffung von Großgeräten
- Neuverhandlungen zu den Hochschulhaushalten im Nachtragshaushalt sind nach der Wahl möglich und nötig

### **Lange/LINKE**

- BAföG-Millionen sind zum größten Teil im Haushalt versickert oder wurden eingesetzt, um andere Löcher zu schließen

### **Rausch (MLU(Publikum))**

- „Ich bin der Mitarbeiter des Behindertenbeauftragten an der MLU. Wir sind in Halle verhältnismäßig gut aufgestellt. Ich habe mittlerweile von Studierenden aus Merseburg, Leipzig bzw. der Burg, wo ich auch beratend tätig zu werden. Das sind Studierende von anderen Hochschulen. Ich versuche, sie zu beraten, muss sie aber wieder zurückschicken. Da besteht Bedarf, sowohl an Beratung wie auch Hilfen.“
- Hochschulen sind anders als Schulen, sie sind differenziert in ihren Angeboten und bieten nicht überall den gewünschten Studiengang an
- „Herr Bönisch, die UN-BRK ist Bundesrecht, auch die Länder müssen dieses berücksichtigen.“ → Berufsfreiheit ist ein Grundrecht
- „Im Grundgesetz steht Berufsfreiheit und die Bezieht sich auf alle, mit Behinderung oder ohne Behinderung. Und die Hochschulen sind nun mal nicht so aufgestellt in Deutschland, das man nicht an jedem Standort gleich hat, sondern wir haben eine Differenzierung. Jede Hochschule hat spezifische Studienangebote und ich kann einem Schwerbehinderten oder chronisch Kranken nicht vorschreiben, du kannst da nicht studieren, die haben da deinen Studiengang nicht und an die Hochschule, die den Studiengang hat, kannst du nicht, weil du behindert bist, da hast du halt Pech gehabt. Das geht so nicht.“ Einwurf Kirbs: „Hat er Recht“ Rausch: „Das ist ein Grundrecht,



die können sich das einklagen.“ Erwidern Bönisch/CDU: „Grundrechte gibt's viele, aber die müssen da halt zurück treten, die kann man in einem solchen Falle nicht voll berücksichtigen!“

### **Müller (AK Inklusion)**

- „Es gibt auch noch weitere mittelbare Probleme: So z.B. Pflege und Unterstützung von behinderten bzw. pflegebedürftigen Angehörigen, entsprechend verlängert sich die Studiendauer, was aber vom BAföG nicht berücksichtigt wird. Daraus folgen Probleme, sich in solchen Situationen zu finanzieren, wenn die Regelstudienzeit abgelaufen ist. Besonders schwer wiegt dies bei Menschen aus sozial schwachen Familien, bei gleichzeitiger eigener Behinderung ist dies dann noch schlimmer und führt noch immer zum Studienabbruch. Teilzeitstudium muss ermöglicht und mit dem BAföG abgestimmt werden. Es darf dann nicht heißen, Teilzeitstudium gleich doppelte Regelstudienzeit, gleich halbes BAföG.“
- „Ich selbst habe in den letzten drei Jahren 15 betroffene Studierende an der MLU betreut, 6 davon bis zum Hochschulabschluss, bei gleichzeitigem neun monatigen Hartz 4-Bezug weil keiner Geld für Inklusion in diesem Bereich ausgeben will. Ein wichtiger Grund dafür ist das verbreitete Vorurteil, dass es an den Hochschulen keine Behinderten gebe bzw. dass die, die da sind, es sowieso nicht schaffen würden und es sich nicht lohnt, dort Geld auszugeben. Darum hat man die Gelder des Behindertenbeauftragten gekürzt und seine Arbeit behindert, einfach nur, weil keiner bereit ist, für das Thema Geld in die Hand zu nehmen. Ich bin der Meinung, dass wer das Zeug hat einen Hochschulabschluss zu machen, der soll dies auch können. Und wenn er dabei Hilfe braucht, dann ist das halt so, dann ist dies zu gewähren. Außerdem kann es nicht sein, dass Hochschullehre in diesem Bereich auf Ehrenamt betrieben wird, weil man sich als Hochschule auf den Glamour in der Forschung konzentriert.“
- „Das Land ist da in der Verantwortung, die richtigen Anreize zu setzen und Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung zu berücksichtigen, sowohl in der Regierung, wie auch in der Oppositionsarbeit. Man kann sich ja als Partei u.a. auf den Seiten des Arbeitskreis Infomieren und auch die Ringvorlesung, die der Arbeitskreis seit fast zwei Jahren anbietet, besuchen.“

### **Kirbs (HS Merseburg/LRK)**

- „Herr Bönisch, jetzt muss ich mich wieder an Sie wenden. Mich stört einfach, ich kann es gar nicht fassen, das Sie aus Geldgründen, es sind eigentlich gar keine Geldgründe, dass nicht jeder, der eine Behinderung hat. das Studieren kann was er will“ Antwort Bönisch: „Das Wollen und das Bezahlen können, das sind die Unterschiede.“ Kirbs: „Soll ich Ihnen mal sagen, wie das geht, ohne dass da viel Geld bezahlt werden muss. Ich weiß nicht, ob das die Studierenden noch wissen. Wir hatten damals vor einigen Jahren eine junge Frau im Rollstuhl, die musste andauernd ins Krankenhaus, jeden Tag haben sie zwei Studierende aus ihrer Gruppe betreut, jeden Tag. Es war am Ende ein Riesenerfolg für das junge Mädchen und alle Beteiligten, da kriegt man Tränen in den Augen, als sie ihren Bachelor und Master gemacht hat. Das geht, ohne dass man Geld in die Hand genommen hat.“ Einwurf Müller: „Aber man kann die Verantwortung nicht als Ehrenamt auf die Studierenden abwälzen.“
- Ich sehe den Willen bei der Politik nicht → „... es muss jedem mit einer Beeinträchtigung mit Studienzugangsberechtigung möglich sein, zu studieren was er will und wo er will!“ Zwischenfrage Bönisch: „Wer soll das bezahlen?“

### **Kies (LVL Sachsen-Anhalt)**

- „Freie Ausbildungs- und Studienplatzwahl ist Grundgesetz, da gibt es nix gegen zu sagen.“, Bö-nisch: „Aber dann sagen Sie doch mal wo wir das her bezahlen sollen?“
- „Wir als Verband haben ein geringes Budget, haben aber z.B. etwas Geld in die Hand genommen und einen „Best-Practice-Preis“ zum Umgang mit Legasthenie im Unterricht ausgeschrieben. Es kamen ganz tolle Ideen, die wir dann auch in unserer Mitgliederzeitung veröffentlicht haben.“
- Im Land sitzen gutbezahlte Leute, die blocken und sagen, das geht nicht und dann nach Bundes-mitteln schreien, das ist der falsche Ansatz, wir müssen hier vor Ort handeln können
- Man kann nicht die die Leute gegen ihren Willen durch Deutschland zum Studium schicken, nur weil man das für einfacher hält, als vor Ort die Bedingungen zu verändern
- „Es gibt ein Grundrecht auf Bildung. Und wir bilden hier Studierende aus, obwohl wir ganz genau wissen, dass sie auf dem Arbeitsmarkt keine oder nur eine geringe Chance haben einen Job zu bekommen. Wir powern da Kapazitäten raus, ohne mit der Wimper zu zucken und solange wie das der Fall ist, da möchte ich aber auch wissen, und Gehör finden, dass ein behinderter Student auch sein Studium anfangen kann und abschließen kann. Da lass ich auch keine Diskussion ran, da sag ich Grundgesetz und gut.“

**Melanie Ranft (Bündnis 90/Die Grünen) und Hendrik Lange (Die Linke) gehen da sie andere Ter-mine haben etwa 20 Minuten vor Ende der Veranstaltung**

#### **Bönisch/CDU**

- „So lange Herr Lange noch da ist, Herr Lange hat noch nie den Antrag gestellt. die Einzugsberei-che der Sekundarschulen aufzulösen. Das ist genau so eine Einstellung, da kann auch nicht jeder Schüler in jede Schule so wie er will, da sagt kein Mensch was. Aber jeder muss in jeden Studien-gang in jeder Hochschule besuchen dürfen, also dass, wissen sie, also dass ist dann was ande-res?“

#### **Bebert (Studentenwerk Halle)**

- Das hat man in den 1970ern in der BRD gemacht, bestimmte Einrichtungen für bestimmte Behin-derungsarten → erfolglos, weil das Grundrecht der Betroffenen, zu studieren, was ihren Interes-sen entspricht, so nicht gewährleistet werden konnte

#### **Bönisch/CDU**

- „Wirklich interessant, dass Sie das Grundrecht hier proklamieren, aber bei keiner Schulform kein Mensch was dagegen sagt. Grundschulen, Sekundarschulen haben einen Schuleinzugsbereich und da dürfen die Schüler nicht frei wählen.“

**Daraufhin mehrere Stimmen aus dem Publikum und Podium:** „Das ist aber was anderes“

#### **Pähle/SPD**

- „Das andere ist, dass wenn ich heute ein Kind mit Behinderung habe, kann ich jetzt auch sagen, das ist die Grundschule in meinem Einzugsbereich, es soll dort bitte eingeschult werden. Es soll nicht auf eine Förderschule. Und wenn ich eine allgemeine Hochschulzulassung habe, habe ich das Recht, mir meinen Studiengang auszusuchen, egal wo, ob ich dabei bei meiner Tante wohne, weil es für mich bequemer ist, ist dabei mir überlassen.“

#### **Bönisch/CDU**

- „Warum kann man sich seine Sekundarschule dann aber nicht aussuchen?“

#### **Pähle/SPD**

- „Weil das was anderes ist.“

#### **Bönisch/CDU**

- „Ach so, ach so, das ist komplett was anderes. Das verstehe ich nicht, das müssen Sie mir erklären.“

#### **Aus dem Publikum**

- „Man kann nicht das eine Schlechte mit dem anderen Schlechten schön reden.“

#### **Bönisch/CDU**

- „Das ist nicht schlecht, Sie reden es schlecht. Das ist nicht bezahlbar.“

#### **Rausch (Publikum)**

- „Studium ist berufliche Ausbildung, im Grundgesetz steht, wir haben Berufsfreiheit, die hatten wir in der DDR nicht, ich bin in der DDR groß geworden, da wurde mir vorgeschrieben, wo ich studieren soll und was ich für einen Beruf machen soll. Zum Glück haben wir das nicht mehr, das ist ein Grundrecht, auf das ich stolz bin, dass jeder sich aussuchen kann, wo er seine Berufsausbildung macht und wo er seinen Beruf ausübt. Das ist wichtig, das ist schützenswert!“

#### **Bönisch/CDU**

- „Das gleiche Recht gilt auch für die Bildung und trotzdem gibt es Schuleinzugsbereiche.“

#### **Kies (LVL Sachsen-Anhalt)**

- „In der Schule gibt es ganz klare Regularien, was gelehrt werden soll, an der Hochschule gibt es Hochschulfreiheit.“
- Lehre wird so gestaltet, wie die Hochschule und der Professor es möchten
- „Sie können entscheiden, diesen Professor, diese Lehre möchte ich mir anhören, das ist Studienfreiheit.“

#### **Kirbs (HS Merseburg/LRK)**

- „Schulen bieten das gleiche Spektrum an Inhalten an und Achtjährige kann man nicht durch die Weltgeschichte schicken, bei Studierenden geht das schon, die müssen dort hingehen können, wo der Studiengang ist, den man studieren will.“
- nicht umsonst sollten wir in Sachsen-Anhalt bei den beiden Kürzungsdebatten Parallelstrukturen abbauen
- „Auf der anderen Seite ist Ihr Parteikollege, unser Ministerpräsident, sogar stolz darauf, dass viele Studierende aus den alten Bundesländern zu uns kommen. So wie Sie, Herr Bönisch, das sagen, geht sowas ja gar nicht, da wir ja Einzugsbereiche für die Hochschulen brauchen. Sie wollen Einzugsbereiche für Studierende wie für Schüler, das ist doch unmöglich, das geht doch nicht.“

#### **Bönisch/CDU**

- „Also an der Stelle muss ich da nicht weiter diskutieren, wenn Sie das nicht verstehen wollen“

### **Kirbs (HS Merseburg/LRK)**

- „Ich glaube, das versteht keiner hier.“

### **Bönisch/CDU**

- „Aber was machen wir mit dem, der aufgrund seiner Behinderung eine ganz persönliche, individuelle Betreuung braucht, wenn der hier her kommt.“

### **Viele Stimmen aus dem Publikum**

- „Dann müssen wir ihm die bieten. Jeder kann das studieren, was er möchte.“
- „Die Behinderung muss ausgeglichen werden, damit er das, was er studieren möchte, kann, da hat er ein Recht drauf.“

### **Bönisch/CDU**

- „Das, was einem Behinderten zusteht, das muss erst auf der Bundesebene geklärt werden, so lange können wir nichts machen, wie das nicht geklärt ist.“

### **Neuhäusel (HS Magdeburg/Stendal – gehörloser Mitarbeiter im Fachbereich für Gebärdensprachdolmetschen)**

- „Wäre die Dolmetscherin heute nicht da, könnte ich nicht kommunizieren, für mich ist das heute ganz wichtig, dass die Dolmetscherinnen heute da sind und dass ich kommunizieren kann, ohne die wär's ja schon mal gar nicht möglich. Ich bin selbst Dozent an der Hochschule Magdeburg, im Studiengang Gebärdensprachdolmetschen, seit 18 Jahren schon, fest eingestellt als Dozent. Das heißt, ich bin wirklich zu 100% behindert, gehörlos aufgewachsen. Ich hab wirklich Gänsehaut heute so ein bisschen. Woran das eigentlich liegt, es liegt an meinem Leben. Ich bin gezeichnet durch Barrieren, mein ganzes Leben, selbstverständlich durch die ganzen Diskussionen ist das auch heute raus gekommen. Was ich gemerkt habe, auf jeden Fall fehlt die Sensibilisierung, der Paradigmenwechsel, dass die Lehre, der Stundenplan so fest nach Schema F eben ist. Also für mich ist das heute ein Schock, da werde ich noch dran nagen. Es gibt ja nun wirklich verschiedenen Behinderungsformen, das kann man gar nicht so pauschalisieren. Diese Antworten, die heute gegeben wurden, sind schon... Also ich verstehe jetzt auch endlich, warum dieser lange Weg überhaupt zustande gekommen ist, dass Barrierefreiheit so schwer umzusetzen ist, das liegt an der teilweisen Starrheit von Politikern, die nicht bereit sind, umzudenken, anders zu denken. Das ist mir aufgefallen, dass dieser Weg erst so lang geworden ist. Und ich hab auch eben durch die Diskussion mitbekommen, dass es definitiv stimmt, die UN-BRK ist schon lange ratifiziert, aber es hapert immer noch an der Umsetzung. Die Aussage, dass man aus Geldgründen Dinge verwehren muss, die im Grundgesetz sind, das kann ich mir nicht vorstellen, also ich bin total verwirrt, muss ich ganz ehrlich sagen. Klar, ich weiß natürlich, dass es Zeit braucht für Veränderungen, aber die Unterstützung auf politischer Ebene, das ist eben das Wichtige. Ich bin natürlich auch ein Mensch, der aufgewachsen ist mit Behinderung, ob ich nun ..., egal, ich hab ja auch hörende Verwandtschaft, die haben sich auch immer Sorgen um mich gemacht und alle Menschen drum herum ebenfalls. Und Inklusion, es gibt jetzt ja gehörlose Kinder hier in Halle, die jetzt in der Regelschule beschult werden. Das ist so schwierig, man muss so viele Anträge stellen, bis ein Dolmetscher genehmigt wird, das ist schon wirklich Wahnsinn. Für mich ist das heute ehrlich gesagt ein Scheißtag. Ich bin jetzt 54 Jahre alt, es ist für mich überhaupt nicht schön, es gibt keine Lösungsvorschläge. Das ist schon Wahnsinn seitens der Politik. Dem Arbeitskreis bin ich dankbar,

dass er hier Dinge initiiert, die sich dafür einföhlen können, der Motivation zeigt, sich in die Dinge rein zu versetzen, aber was ich jetzt seitens der politischen Ebene gehört habe, ist da eher schwach.“

### **Bönisch/CDU**

- „Ich möchte auch noch was zur Richtigstellung sagen. Ich bemühe mich tatsächlich um die pragmatischen Lösungen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen hier Ehrenmitglied in einem Verein von Behinderten ist, der sich um behinderte Kinder und Jugendliche kümmert. Ich bin das. Die Horte, die in Halle existieren für behinderte Kinder, die existieren weil ich dabei geholfen habe, die Rahmenbedingungen zu schaffen oder das Gesetz ein Bisschen zu verbiegen an der Stelle, wo es noch nicht ausgeprägt genug war. Ich habe, wir haben die erste Wohngemeinschaft für geistig mehrfachbehinderte Kinder in Halle gegründet. Das ist ein bundesweites Modellprojekt, da stecke ich dahinter. Bloß jetzt hier zu unterstellen, Sie sollen sehen, pragmatisch, wie schwierig das ist, solche Dinge zu gestalten. Das ist schon sehr ärgerlich, muss ich sagen. Das wollte ich jetzt mal gesagt haben.“

### **Publikum**

- „Was wir hier besprechen geht nicht um Kümmern, es geht hier um Normalität. Es geht um Normalität im Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen, darum geht es. Menschen ohne Behinderung haben nicht mehr oder weniger Rechte als Menschen mit Behinderung. Es geht einfach darum Normalität in den Hochschulalltag zu bringen.“

**Ende der Veranstaltung ca. 16:15**